

Technology Assessment (OTA) und den europäischen Enquête-Kommissionen – bereits ansatzweise verfolgt wird (S. 141). Nicht zuletzt könnte Pielke seinen Thesen mehr Gewicht verleihen, wenn er denn aufzeigen würde, in welchen aktuellen forschungspolitischen Debatten diese bereits diskutiert werden.

Was die Anschlussfähigkeit für das deutsche Publikum anbetrifft, sollte auch erwähnt werden, dass Pielke auf den US-amerikanischen und internationalen Kontext Bezug nimmt und dabei viele Kenntnisse voraussetzt, die dem deutschen Publikum nur bedingt geläufig sind. Darüber hinaus haben viele der Entwicklungen, wie beispielsweise die Politisierung von Forschung gerade auch unter George W. Bush – so in Deutschland nicht stattgefunden. Damit stellt sich die Frage, ob Pielkes Schlussfolgerungen nur auf den amerikanischen Kontext zutreffen, oder ob sie sich auch auf den deutschen Kontext übertragen lassen. Interessanterweise erhebt Pielke den Anspruch, sich dem politischen Kontext systematisch zu nähern, vernachlässigt dabei aber nationale Differenzen, die sich durch die Einbettung in den respektiven politische Kultur erklären lassen.

Um das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten, das Buch stellt sicherlich einen wichtigen Input in die Diskussion um Politikberatung dar und bietet einen übersichtlichen und gut strukturierten Leitfaden für Wissenschaftler, um sich im unübersichtlichen Terrain der Politik zu orientieren. Es demonstriert nachdrücklich, dass die bis dato noch dominante Idee des „Schwimmens ohne Nass zu werden“ illusorisch ist und weist gleichzeitig überzeugende Alternativen aus. Zu wünschen wäre, dass das Werk von Pielke als ein Beitrag dazu wahrgenommen würde, diese Diskussion auch in der Praxis zu eröffnen, das lineare Modell zu hinterfragen, und dadurch dem ehrenhaften Vermittler mehr Gehör zu verschaffen.

Anmerkung

- 1) Es handelt sich um die Kontroverse, die der dänische Statistiker und Politikwissenschaftler Bjørn Lomborg mit seinem Buch „Apocalypse No! The Skeptical Environmentalist“ ausgelöst hat. Der selbst ernannte „skeptische Umweltschützer“ greift die weit verbreitete Ansicht von „Apokalyptikern“ an, dass sich der allgemeine Zustand der

Umwelt zunehmend verschlechtere. Damit verbunden bezweifelt Lomborg zwar nicht die Existenz von Problemen wie dem Klimawandel, vertritt aber die These, dass sich bei Problemen wie Aids oder der Wasserknappheit mit einem Bruchteil des Aufwands ein Vielfaches der Wirkung erzielen lässt (<http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,507445,00.html>; download 10.4.08).

« »

Beteiligungsprojekte im Internet

Stiftung Mitarbeit (Hg.): E-Partizipation. Beteiligungsprojekte im Internet. (Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 21) Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, 2007, 320 S., ISBN 978-3-928053-93-8, € 10,00

Rezension von Ulrich Riehm, TAB

Die als Herausgeber dieses Buches auftretende „Stiftung Mitarbeit“ wurde 1963 von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus unterschiedlichen politischen Lagern gegründet. Sie finanziert ihre Arbeit überwiegend aus öffentlichen Mitteln sowie durch Spenden und eigene Einnahmen. Die Stiftung unterstützt eine „Demokratieentwicklung von unten“ und versteht sich als Servicestelle für das bürgerschaftliche Engagement außerhalb von Parteien und großen Verbänden. „Demokratie von unten“ ist auch ein Anliegen derjenigen, die sich für E-Partizipation einsetzen. Die 18 im Band vertretenen Autorinnen und Autoren entstammen im Wesentlichen einer in den letzten Jahren entstandenen, zwischen Wissenschaft, Medien, Politik und Wirtschaft angesiedelten Szene von Promotoren elektronischer Verfahren der Partizipation. Das Buch „E-Partizipation. Beteiligungsprojekte im Internet“ ist demgemäß kein wissenschaftliches Fachbuch, sondern eine praxisorientierte Darstellung vorliegender Projekterfahrungen mit Einschätzungen zum Erfolg der jeweiligen Vorhaben.

1 Einsatzfelder elektronischer Bürgerbeteiligung

Zunächst erhält man einen guten Überblick darüber, wo E-Partizipation gegenwärtig zum Einsatz kommt. Der politische Sektor steht dabei im Vordergrund. Aufgeführt werden die Online-Diskussionen zur Familien- und Kinderfreundlichkeit der Großstädte Hamburg und München (Lührs, Hohberg) oder das Internetprojekt zur Bürgerbeteiligung bei der Haushaltsplanung – „Bürgerhaushalt“ – in Hamburg (Lührs, Hohberg). Ebenfalls aus dem kommunalen Kontext entstammen der Stadtentwicklungsdiskurs und Online-Dialog zum „Kulturforum Berlin“ (Klima, Hagedorn). Ganz auf die Zielgruppe Schüler in Hamburg ausgerichtet war der Diskurs zu den Chancen und Risiken gentechnisch veränderter Lebensmittel (Hohberg et al.). Weitere Fallbeispiele sind internetgestützte Teilnahmeverfahren in der Verkehrsplanung in Niedersachsen (Köhler, Schulze-Wolf) sowie zur Raumplanung im Großraum Braunschweig (Schulze-Wolf, Menzel). Basisorientiert ist die Internetplattform für Bürgerfragen an Abgeordnete – abgeordnetenwatch.de – (Gardiner) sowie eine für Nichtwähler – ich-gehe-nicht-hin.de – (Dowe). Eine allgemeine, thematisch offene Kampagnenplattform für Online-Bürgernetzwerke ist [Campact](http://compact.net) (Metzges). Über den Modellversuch beim Deutschen Bundestag zur Einreichung internetöffentlicher Petitionen berichtet der Abgeordnete Toncar.

Aber auch aus dem Bereich der Wirtschaft wird ein Beispiel aus einem mittelständischen Unternehmen geschildert. Dort ging es um die Beteiligung der weltweit verteilten Vertriebsmitarbeiter am Produktentwicklungsprozess über eine Internetdialogplattform (Märker et al.).

Die Kombination aus Mobiltelefon und Internet wird am Beispiel der gewerkschaftlichen Kampagne für einen Mindestlohn dargestellt. Per SMS konnte man hier seine Unterstützung („Unterschrift“) übermitteln (hier bereits „M-Partizipation“ genannt), die dann auf den Internetseiten der Kampagne aufgeführt wurde (Wernecke).

Schließlich sind drei Beiträge enthalten, die nicht fallorientiert sind. Juri Maier behandelt die Möglichkeiten des Web 2.0, Oliver Märker entwickelt Kriterien für die Evaluation online-moderierter Verfahren und Hans Hagedorn (in

einem Gespräch mit Anette Rosendahl) resümiert die mehrjährigen Erfahrungen aus unterschiedlichen Projektkontexten mit Online-Dialogen – so aus Bürgerbeteiligungsverfahren zur Stadtplanung in den Städten Esslingen, Berlin, Osnabrück, Frankfurt a. M. oder zum Thema „Bürgerhaushalt“ in Berlin-Lichtenberg.

2 Informell versus formell, top-down versus bottom-up

Die Anwendungsbeispiele werden im Buch nach zwei Dimensionen sortiert: informelle versus formelle und Top-down- versus Bottom-up-Verfahren.

Bei den informellen Verfahren gibt es keine institutionell oder gesetzlich geregelte Einbindung des Partizipationsprozesses in formelle Entscheidungsprozesse. Der BioTalk der Hamburger Schüler oder auch die von den Stadtverwaltungen angestoßenen Diskurse über eine familienfreundliche Stadt in Hamburg und München sind dafür Beispiele. Bei den formalen Verfahren sind die Online-Komponenten Bestandteil gesetzlich vorgeschriebener Teilnahmeverfahren, die insbesondere in der Verkehrs- und Raumplanung sowie bei umweltrelevanten Vorhaben etabliert sind (z. B. Strategische Umweltprüfung, Öffentlichkeitsbeteiligung, Umweltverträglichkeitsprüfung).

Geben die Behörden oder Unternehmensleitungen Thema und Verfahren vor, dann wird von einem „Top-down-Ansatz“ gesprochen. Die kommunalpolitischen Diskurse oder das Beispiel aus der Wirtschaft gehören zu diesem Typus. Bei basisorientierten Initiativen („bottom up“) werden die Themen dagegen von den Bürgern vorgegeben. Beispiele hierfür sind die Bürgeranfragen an Abgeordnete (abgeordnetenwatch.de), die öffentlichen Petitionen beim Deutschen Bundestag oder „[compact](http://compact.net)“, ein Online-Netzwerk engagierter Bürger und Plattform für politische Kampagnen.

3 Übergreifende Erkenntnisse

Ohne im Weiteren in die Details der einzelnen Beiträge zu gehen, können einige übergreifende Erkenntnisse zu Fragen der Voraussetzungen, Durchführung, Wirkungen und des Me-

dieneinsatzes von und bei E-Partizipation beschrieben werden.

Die sinnvolle Durchführung (elektronischer) Partizipationsverfahren setzt eine „kritische Masse“ an Interessierten und Engagierten voraus, ein Thema, das entsprechend umstritten ist und mindestens ein ausreichendes Interesse weckt, und eine Situation, in der noch ein echter Gestaltungs-, Handlungs- und Entscheidungsspielraum vorhanden ist (Hagedorn, Rosendahl, S. 19; Dowe, S. 211; Metzges, S. 220, 227ff.; Klima, Hagedorn, S. 248ff.). Dabei ist für ein echtes Beteiligungsverfahren entscheidend, dass für die Teilnehmer die Beeinflussung des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses durch das partizipative Verfahren und seine Ergebnisse nachvollziehbar ist (Dowe, S. 204; Metzges, S. 229; Klima, Hagedorn, S. 248).

Bei der Durchführung internetbasierter Partizipationsverfahren muss auf eine gute Strukturierung geachtet (z. B. in eine das Thema vorbereitende und die eigentliche Diskussionsphase) und eine hohe Transparenz über den gesamten Prozess sowie die Diskussionsbeiträge hergestellt werden. Diese Anforderung ist besonders anspruchsvoll bei einer großen Beteiligung mit vielen Beiträgen. Die Regeln des Dialogs müssen klar und akzeptiert sein bzw. für ihre Einhaltung muss gesorgt werden. Eine professionelle Moderation ist hierfür unerlässlich. Da das Internet durchaus für Manipulationen anfällig ist, ist die Etablierung von Vertrauen zwischen Bürgern, Staat und den zwischengeschalteten Moderatoren von besonderer Bedeutung (Hagedorn, Rosendahl, S. 18f., S. 24f.; Lührs, Hohberg S. 33ff.; Köhler, Schulze-Wolf, S. 116; Märker et al. S. 153ff.; Gardiner, S. 186; Dowe, S. 212; Klima, Hagedorn, S. 249f.; Maier, S. 289).

Die hauptsächliche Leistung solcher Verfahren ist die Mobilisierung „lokalen Wissens“. Allerdings gibt es die Erfahrung, dass mit der Größe der Teilnehmerzahlen im Online-Dialog nicht unbedingt die Qualität dieses Diskurses ansteigt, es also einen „trade-off“ zwischen Quantität und Qualität zu beachten gilt (Lührs, Hohberg, S. 31). Für Behörden kann der Einsatz des Internets in gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren auch durch Kostensparnisse motiviert sein – z. B. im einfachsten Fall durch Einsparung bei den Druckkosten (Köhler, Schulze-Wolf, S. 115f.; Schulze-Wolf, Menzel, S. 120, 125, 142). Die durch Verfahren

der E-Partizipation normalerweise hergestellte höhere Interaktivität und Transparenz kann aber auch zu Abwehr und Akzeptanzproblemen bei Behörden führen (Hagedorn, Rosendahl, S. 23).

Wenn das Partizipationsverfahren nur online durchgeführt wird, werden auch nur bestimmte Teile der Bevölkerung angesprochen und erreicht (Lührs, Hohberg, S. 51ff., 61f.). Internetferne Bevölkerungsgruppen bleiben ausgeschlossen, was leicht übersehen wird. Wenn herkömmliche schriftliche und neue Online-Verfahren parallel angeboten werden, dann wurde mehrfach berichtet, dass die Nutzung der herkömmlichen Verfahren (noch?) deutlich überwiegt (Köhler, Schulze-Wolf, S. 114; Schulze-Wolf, Menzel, S. 139). Mehrere Autoren sprechen sich deshalb für die Verknüpfung herkömmlicher (z. B. Bürgerversammlungen, postalische oder telefonische Umfragen) und neuer Beteiligungsformen im Internet aus (Hagedorn, Rosendahl, S. 23, 27f.; Metzges, S. 217). Eine vollständige Ersetzung herkömmlicher Verfahren durch rein internetbezogene Verfahrensabläufe erscheint insbesondere in komplexeren Beteiligungsverfahren nicht als realistisch (Schulze-Wolf, Menzel, S. 142f.).

4 TA und E-Partizipation

Die Technikfolgenabschätzung hat prinzipiell ein doppeltes Interesse an Verfahren der elektronischen Partizipation: Sie kann Thema und Gegenstand eines TA-Projektes sein, sie kann aber auch zu einem Element im TA-Prozess selbst werden. Es ist offensichtlich, dass in den Beiträgen dieses Bandes keine systematische, an definierten Zielen ausgerichtete Evaluation vorgenommen wurde. Dies könnte eine lohnende Aufgabe für TA sein.

Auf die von Armin Grunwald in seinem einleitenden Beitrag zum Schwerpunktthema „Partizipative Technikfolgenabschätzung“ in Heft 3/2000 dieser Zeitschrift (bzw. ihres Vorgängers „TA-Datenbanknachrichten“) aufgeworfene Frage, ob in den kommenden Jahren für partizipative Technikfolgenabschätzung („pTA“) die Nutzung des Internets prägend sein werde, würde man mit dem vorliegenden Band eine negative Antwort geben. Elektronisch unterstützte partizipative TA („epTA“) taucht dort nicht auf. Der eigene subjektive,

nicht auf einer systematischen Recherche beruhende Eindruck des Rezensenten ist, dass „epTA“ in den letzten Jahren nicht zu einem wichtigen Ansatz im breiten Strom der TA-Forschung geworden ist. Die Leser mögen diesen Eindruck gerne korrigieren.

« »

Techniktheorie zwischen Ingenieur- und Sozialwissen- schaften

G. Banse, A. Grunwald, W. König, G. Ropohl (Hg.): Erkennen und Gestalten. Eine Theorie der Technikwissenschaften. Berlin: edition sigma, 2006, 375 S., ISBN 3-89404-538-8, € 21,90

Rezension von Friedrich Rapp, Dortmund

Die durch zahlreiche einschlägige Publikationen ausgewiesene edition sigma in Berlin hat 2006 unter dem Titel „Erkennen und Gestalten: Eine Theorie der Technikwissenschaften“ einen Sammelband herausgebracht. Das Buch verdient in vielfacher Hinsicht Beachtung. Obwohl vier Herausgeber verantwortlich zeichnen, wird dennoch eine übergeordnete Gesamtkonzeption durchgehalten, die auch in der folgerichtig durchstrukturierten Gliederung der verschiedenen Kapitel zur Geltung kommt. Es geht also um eine intellektuelle Fokussierung und nicht nur um eine „Buchbindersynthese“ heterogener Gesichtspunkte. Da sich alle der insgesamt siebzehn Autoren im Hinblick auf Inhalt und Umfang einer konsequenten intellektuellen Disziplin unterworfen haben (was bekanntlich bei Sammelbänden eher eine Ausnahme darstellt), ist eine prägnante, gut lesbare, zusammenfassende Darstellung des neuesten Diskussionsstandes zur Theorie der Technikwissenschaften entstanden.

Eine Stärke des Sammelbandes besteht darin, dass Vertreter verschiedener Sachgebiete zu Worte kommen. In dem umfangreicheren ersten theoretischen Teil sind dies Technikgeschichte, Technikphilosophie, Wissenschafts-

theorie und Methodologie. Dabei werden auch die ursprünglich in der DDR entwickelten Beiträge von G. Banse, E. Jobst, J. Müller und H. Wendt berücksichtigt, die sich nahtlos in den gegenwärtigen Diskussionsstand einfügen.

In dem abschließenden zweiten Teil werden dann Fragen der technischen Praxis an entsprechenden Fallbeispielen abgehandelt. Den Abschluss bildet das thematisch weit gespannte und dem neuesten Stand Rechnung tragende Literaturverzeichnis.

In der Einführung, für die alle vier Herausgeber verantwortlich zeichnen, wird das programmatische Konzept dargelegt: Es geht um „Überlegungen zur ‚Theorie‘ und zur ‚Methode‘ sowohl des Erkennens als auch des Gestaltens in den Technikwissenschaften“. Im Einzelnen wird „die Position vertreten, dass die Technikwissenschaft zu jener Gruppe von Wissenschaften gehört, deren erklärtes Ziel darin besteht, Pläne, Direktiven, Handlungsvorschriften, Regeln sowie Entwürfe für Neues zu antizipieren, die das sich im Anschluss daran vollziehende Handeln des Menschen erfolgreich steuern und zu effektiver Beherrschung lebensweltlicher ‚Gegebenheiten‘ führen“ (S. 21). Dabei sollen „Technikwissenschaft(en)“ und „Ingenieurwissenschaft(en)“ gleichbedeutend sein. Gleichzeitig sollen aber auch die gesellschaftlichen Erfordernisse, d. h. das gesellschaftlich Notwendige berücksichtigt werden, sodass „die Technikwissenschaften nicht nur mit den Natur-, sondern auch mit den Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften untrennbar verknüpft“ sind (S. 21). Um damit ernst zu machen, müsste man allerdings auch die Politikwissenschaft, die Ethik und die Geschichtsphilosophie in die Betrachtung mit einbeziehen.

Gewiss hängt alles mit allem zusammen. Auf einem derart hohen Abstraktionsniveau sind jedoch kaum konkrete Erkenntnisse möglich. So beruhen denn auch alle wissenschaftlichen Disziplinen - und davon machen die Ingenieurwissenschaften keine Ausnahme - auf dem erkenntnistheoretischen und methodischen Kunstgriff „Teile und herrsche!“ Es wird nicht alles gleichzeitig betrachtet, sondern ein ganz bestimmter, wohl definierter Aspekt ins Auge gefasst und näher untersucht. Dies Verfahren bedingt neben der erwünschten Erkenntnis unvermeidbar auch Einseitigkeiten, denn alles, was außerhalb des jeweiligen Gesichtsfeldes